



Generalformel

Der »Bonapartismus« in der Theorie von Karl Marx taugt wenig, um die aktuellen Phänomene autoritärer Herrschaft zu beschreiben. Oder: Warum Donald Trump nicht Napoleon III. ist. Eine Kritik. Von Dieter Boris

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 19. MÄRZ 2018, NR. 66 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Abgerechnet

Waffenschmiede Rheinmetall legt Jahresbilanz vor. Alles bestens, auch dank der Bundesregierung

3

Nachgelegt

Seehofers harter Kurs: Neuer Bundesinnenminister will Grenzkontrollen innerhalb der EU verstärken

4

Angeprangert

EU soll neue Sanktionen gegen den Iran beschließen. Ob das dem US-Präsidenten reicht, ist unklar

7

Lahmgelegt

Paris plant »Reform« der staatlichen Eisenbahn per Dekret. Beschäftigte wollen streiken

9

Widerstand geht weiter

Türkische Armee und Dschihadisten marschieren in syrischer Stadt Afrin ein. YPG kündigen Übergang zum Guerillakampf an. **Von Nick Brauns**

Die türkische Armee und dschihadistische Söldner der »Freien Syrischen Armee« (FSA) sind am Sonntag, 58 Tage nach Beginn ihres völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf Afrin in Nordsyrien, in das Zentrum der Stadt eingerückt. Der Vormarsch stieß auf keinen größeren Widerstand. Die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungskräfte YPG und YPJ hatten ihre Kampfstellungen verlassen, um weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung und die Zerstörung der Stadt zu vermeiden. In den letzten Tagen hatte die türkische Armee ihre Luft- und Artillerieangriffe auf die belagerte Stadt massiv verstärkt. So wurde in der Nacht zum Samstag das Krankenhaus von Afrin von Bomben getroffen. Dabei starben mindestens 16 Menschen. Bei einem Luftangriff auf einen Autokonvoi mit Flüchtlingen wurden am Samstag nach Informationen der Nachrichtenagentur ANF Hunderte Menschen getötet. Um nicht »Opfer eines Völkermordes« zu werden, sei ein Großteil der Bevölkerung in die benachbarte Scheba-Region evakuiert worden, erklärte der Kovorsitzende des Kantonalrates von Afrin, Asman Scheik Isa, am Sonntag auf einer Pressekonferenz. Die stellvertretende Vorsitzende der Hilfsorganisation Kurdischer Roter Halbmond, Cemile Heme, berichtete gegenüber dem ZDF von einem Massensexodus, dem sich fast alle rund 900.000 Einwohner des Kantons angeschlossen hätten.

Am Rathaus von Afrin, vor dem ein Leopard-II-Panzer aus deutscher Produktion Stellung bezog, hissten die Besatzer Fahnen der Türkei und der Dschihadisten. FSA-Kämpfer zogen plündernd durch die menschenleeren Straßen. Die Islamisten feierten ihren



Dschihadisten mit Fahnen der Türkei und der »Freien Syrischen Armee« am Sonntag im Stadtzentrum von Afrin

Erfolg mit gezückten Messern und dem auch vom »Islamischen Staat« (IS) verwendeten Handzeichen mit dem erhobenen Zeigefinger. Zwei gefangene YPG/YPJ-Kämpfer wurden nach ANF-Angaben von den Dschihadisten enthauptet. Unter dem Ruf »Allah ist groß« stürzten FSA-Kämpfer zudem wenige Tage vor dem am 21. März gefeierten Newrozfest symbolträchtig die Statue des kurdischen Nationalhelden Kawa. In der 4.000 Jahre alten Newroz-Mythologie gilt der Schmied als Befreier von der Tyrannei.

»Der Widerstand in Afrin wird weitergehen«, versicherten die Kantonalverwaltung und die YPG/YPJ in einer

gemeinsamen Erklärung. »Die Besatzer können heute ihre Fahnen schwenken, doch sie werden unser Volk niemals zur Kapitulation zwingen.« Die YPG seien weiterhin in allen Bezirken von Afrin präsent, dementierte deren Sprecher Brusk Hasake Gerichte über einen Abzug der Verteidigungseinheiten. Bei einem Bombenanschlag in der Innenstadt von Afrin wurden am Sonntag laut ANF Dutzende türkische Soldaten und Söldner getötet. Dies könnte der Beginn des von den YPG angekündigten Übergangs vom Stellungskrieg zum Guerillakampf im Rücken der Besatzer sein.

In Hannover beteiligten sich am Samstag rund 20.000 Kurden sowie

deutsche und türkische Linke an einer bundesweiten Newroz-Kundgebung. Auf dem Opernplatz wurden Hunderte Fahnen mit den Zeichen der YPG und YPJ sowie – trotz Verbots durch die Polizei – dem Bild des Vordenkers der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, geschwenkt. Redner wie Linksparteichef Bernd Riexinger und der frühere Oberbürgermeister von Hannover Herbert Schmalstieg kritisierten Waffenlieferungen an die Türkei und das Schweigen der Bundesregierung zum Krieg gegen Afrin. Der Schauspieler Dieter Hallervorden erklärte in einem Grußwort: »Es lebe die PKK!«.

Zeit, sich ein
 anderes Bild
 von der Welt
 zu machen.

Jetzt
 drei Wochen
 gratis lesen!

■ Siehe Abocoupon auf Seite 6
 ■ jungewelt.de/probeabo

Weltsozialforum endet mit Aktionsaufruf

Salvador da Bahia. In Brasilien ist am Sonnabend das diesjährige Weltsozialforum zu Ende gegangen. Zum Abschluss beschlossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Küstenstadt Salvador da Bahia einen Aktionsplan für die nächsten zwei Jahre. Vertreter aus 120 Ländern hatten seit Dienstag in der Hauptstadt des Bundesstaates Bahia im Osten Brasiliens unter dem Motto »Widerstand ist Entwicklung, Widerstand ist Veränderung« getagt. Nach Angaben der Organisatoren nahmen 1.500 Gruppen und Organisationen teil, überwiegend aus Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas. (dpa/JW)

■ www.jungewelt.de/bahia

G-20-Gipfel: 85 Millionen Euro für »Sicherheit«

Hamburg. Die sogenannten Sicherheitskosten für den G-20-Gipfel im vergangenen Juli in Hamburg haben sich auf 85 Millionen Euro summiert – deutlich mehr als eingepreist. Ein Senatssprecher bestätigte entsprechende Angaben des Senders NDR 90,3 vom Sonnabend. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs waren Zehntausende Polizisten gegen Demonstranten eingesetzt worden. Die 85 Millionen Euro wurden laut NDR 90,3 vor und während der Gipfeltage ausgegeben. Der Senatssprecher bestätigte, dass die Stadt 16 Millionen Euro tragen muss, der Bund übernehme 69 Millionen Euro. Der Senat war ursprünglich von etwa 50 Millionen Euro »Sicherheitskosten« ausgegangen – allerdings für den G-20-Gipfel und das vorausgegangene Treffen des OSZE-Ministerrats im Dezember 2016 zusammen. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.088 Genossinnen und Genossen (Stand 14.2.2018)
 ■ www.jungewelt.de/lpg

Bundeswehr riegelt Stadt in Mali ab

Deutscher Kommandeur: »Haben unsere Reputation deutlich gesteigert«

Das deutsche Militär hat die Stadt Gao des westafrikanischen Staats Mali abgeriegelt. Als Grund dafür gibt die Armee Sorge vor Unruhen vor. Nach der Ermordung zweier arabischer Jugendlicher war es in Gao vor knapp drei Wochen zunächst zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen; während einer Demonstration wurde ein Sicherheitsmann getötet. Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam teilte am Sonntag mit, die Soldaten hätten am 1. März Kontrollpunkte der malischen Streit-

kräfte verstärkt, um das Eindringen weiterer bewaffneter Milizen in die Stadt zu verhindern. Angeblich habe es zuvor eine entsprechende Anfrage der Vereinten Nationen gegeben. Bild am Sonntag berichtete, das Militär habe mit gepanzerten Fahrzeugen die Zufahrtsstraßen blockiert.

»In der Stadt haben dann die lokalen Kräfte in Ruhe Zeit gehabt aufzuräumen«, berichtete der Kommandeur der deutschen Truppen, Oberst Johannes Aslak Heisner, in der Zeitung. Ein Sprecher des Einsatzführungskommandos sagte, das Vorgehen habe

zur Beruhigung beigetragen und alle deutschen Soldaten seien wohlbehaltend zurückgekehrt.

Was tatsächlich hinter dem Einsatz stecken könnte, deutet eine andere Aussage Heisners an. Dieser erzählte Bild am Sonntag: »Damit haben wir nachgewiesen, dass das deutsche Kontingent handlungsfähig ist, und unsere Reputation gegenüber unseren Partnern deutlich gesteigert.«

Nach Angaben der Bundeswehr ist die deutsche Armee derzeit in 17 Missionen außerhalb der BRD involviert. Im UN-Einsatz Minusma in Ma-

li sind derzeit 1.000 Soldaten aktiv, demnächst bis zu 1.100. Vorgeblich sollen sie mit anderen Streitkräften zusammenarbeiten, um die Situation im Land zu befrieden. Der Norden des Landes geriet 2012 nach einem Militärputsch vorübergehend in die Hände islamistischer und anderer Rebellengruppen, die später durch das französische Militär zurückgedrängt wurden. Die Lage in Mali wurde nach Massenfluchten aus Libyen destabilisiert, gegen das NATO-Staaten einen Angriffskrieg geführt hatten. (dpa/JW)



4 198625 901607